

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

es ist unfassbar: Wir stecken mitten in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts. Innerhalb von fünf Tagen wird ein Gesetz durchgepeitscht, das 500 Mrd. Euro umfasst, um das Bankensystem zu retten. Bis dahin hieß es immer, es ist kein Geld da. Wir müssen sparen. Diejenigen, die z.B. die Rente gekürzt, Hartz IV eingeführt und insbesondere ertragreichen Unternehmen und reichen Bürgern massive Steuergeschenke gemacht haben, mobilisieren in Rekordtempo die doppelte Summe eines jährlichen Bundeshaushaltes. Diejenigen, die sich gegen den Mindestlohn wehren und sich weigern, den Krankenhäusern genug Geld für eine ausreichende Krankenversorgung zu geben, schnüren ohne mit der Wimper zu zucken ein massives Rettungspaket.

Wie konnte es dazu kommen?

Renditegier von Managern und eine Politik der Deregulierung und Liberalisierung haben zu diesem Crash geführt. Immer größere Spekulationsgeschäfte wurden unregelt, unkontrolliert und ungehemmt zugelassen. Die Finanzgeschäfte koppelten sich zunehmend von der Realwirtschaft ab. Die Politik unterstützte das Aufblähen der Spekulationsblase durch die Umverteilung von unten nach oben, durch das Prinzip der Selbstheilungskräfte der Märkte, bis die Blase platzte. Das Rettungspaket wurde notwendig, um Schaden für die gesamte Volkswirtschaft, um Schaden für alle Bürgerinnen und Bürger abzuwenden. Die Notwendigkeit des Rettungspaketes verdeutlicht auf dramatische Weise: Die neoliberale Politik der Deregulierung und Liberalisierung ist grundlegend gescheitert. Jetzt ist eine deutliche Umkehr auf allen Politikfeldern dringend erforderlich:

>> **Wir brauchen** neben dem akuten Rettungspaket ein mittelfristiges echtes Konjunkturpaket, um die drohende Rezession abzuwenden. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit 40 Mrd. Euro ist sinnvoll und notwendig, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Hier darf nicht gekleckert – hier muss geklotzt werden.

>> **Wir brauchen** ein langfristiges Gesetzespaket zur neuen verstärkten Regulierung der Finanzmärkte, um diese zu bändigen und für die Zukunft eine solche Krisendimension auszuschließen. Wir haben dazu viele Gestaltungsforderungen entwickelt, die wir an die Bundesregierung adressieren.



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

>> **Wir brauchen** eine Politik in den Unternehmen und in der Gesellschaft, die zu sozialer Gerechtigkeit führt. Die völlig überzogene Renditegier in den Unternehmen ist abzustellen. Managerbezüge sind zu deckeln und auf ein Normalmaß zurückzuführen. Deutliche Gehaltssteigerungen sind erforderlich. Untere und mittlere Einkommensbezieher sollen steuerlich entlastet werden. Ertragsstarke Unternehmen und reiche Bürger sind durch die Steuerpolitik stärker in die gesellschaftliche Verantwortung einzubeziehen. Der gesetzliche Mindestlohn ist überfällig. Bei der Finanzierung der Krankenhäuser muss der Deckel weg. Das Umlagesystem in der Rentenversicherung ist zu stärken. Sichere Renten haben deutlichen Vorrang vor riskanten Renditen mit Kapitalvernichtung. Die Politik der Privatisierung ist zu beenden. Unternehmen im öffentlichen Eigentum sind unverzichtbar. So sind z.B. die Sparkassen ein Stabilitätsanker im deutschen Bankensystem. Das muss so bleiben.

>> **Wir brauchen** bei dem Rettungspaket für das Bankensystem das Prinzip „Leistung nur bei Gegenleistung“. Wir akzeptieren nicht, wenn Risiken und Verluste sozialisiert werden, aber Gewinne privatisiert bleiben. Wer von dem Rettungspaket Gebrauch macht, muss auch – ggf. später – zahlen. Und wir wollen die staatliche Auflage an die Banken, keine Entlassungen vorzunehmen.

>> **Wir brauchen** eine deutliche Benennung der Krisenursachen, damit daraus die richtigen Lehren gezogen werden. Das

heißt, dass neben der Politik vor allem die Bankvorstände verantwortlich sind, nicht die Bankangestellten. Die Beschäftigten im Bankgewerbe sind selber Betroffene der renditefixierten Unternehmenspolitik. Sie unterliegen einem immer stärkeren Leistungs- und Verkaufsdruck. Das System der Zielvorgaben hat teils schon ein Klima von Drückerkolonnen geschaffen. Es ist ein falsches „Anreizsystem“, das eher krisenverschärfend wirkt. Es gehört abgeschafft.

Krisen bringen auch Chancen hervor

Wir haben jetzt die Chance deutlich zu machen, wie unverzichtbar eine arbeitnehmerorientierte Politik in den Betrieben und in der Gesellschaft ist.

Und es wird deutlich, wie wichtig es ist, in einer starken Gewerkschaft zusammen zu halten, damit eine soziale Politik auch durchgesetzt werden kann.

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns weiter gemeinsam mit aller Kraft für die soziale Gerechtigkeit engagieren.

Mit kollegialen Grüßen



Frank Bsirske

Uwe Foullong